

Rede / Keynote

von Herrn Minister Armin Laschet

anlässlich der Plenary Session

**"Immigrant Germany: Policies and Perspectives
for the Future"**

im Rahmen der 13. Metropolis-Konferenz

am 29. Oktober in Bonn

Manuskript für den freien Vortrag

Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist eine gute Tradition der Metropolis-Konferenzen, dass sich *eine* Plenary Session in besonderer Weise dem Gastgeberland widmet.

Es ist dann auch folgerichtig, dass die Weltsprache Englisch für einen Moment zurücktritt und die Landessprache des Gastgebers den Vorrang erhält.

***Diese* Plenar-Veranstaltung findet also auf Deutsch statt. Das hat übrigens auch den Vorteil, dass die Zuschauer des Fernsehsenders Phönix, der diese Veranstaltung überträgt, der hoffentlich spannenden und informativen Diskussion folgen können.**

Ich freue mich sehr, heute vor Ihnen, vor Kennern und Experten der internationalen Migration, einige Ausführungen zur besonderen Situation in Deutschland machen zu können.

Deutschland ist – davon bin ich überzeugt – auch deshalb ein besonders interessantes Beispiel, weil es hier in den vergangenen Jahren politische und rechtliche Reformen der Einwanderungs- und Integrationspolitik gegeben hat, die viele nationale und internationale Beobachter diesem Land gar nicht zugetraut haben.

Ich füge schon hier hinzu: Es waren notwendige und überfällige Reformen. Sie kamen spät, aber nicht zu spät.

In vielen vergleichenden wissenschaftlichen Studien zur Einwanderung ist Deutschland immer wieder als Land beschrieben worden, das einen anderen Weg geht als die "klassischen Einwanderungsländer" Vereinigte Staaten, Kanada oder Frankreich.

Auch bei Einwanderung, Staatsangehörigkeit und Integration – so wurde argumentiert – habe sich die Bundesrepublik auf den berühmten "deutschen Sonderweg" begeben.

Für die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik ist diese These auch durchaus richtig. Heute aber trifft sie nicht mehr zu!

Um das zu belegen, ein kurzer Rückblick. Erinnern wir uns: Trotz millionenfacher Einwanderung von lange so genannten Gastarbeitern und ihren Familienangehörigen, von Spätaussiedlern, Aussiedlern und Flüchtlingen seit den 1950er Jahren hielt die Politik ganz überwiegend an der These fest, dass Deutschland *kein* Einwanderungsland sei.

Das war, wenn man so will, das Mantra deutscher Politik!

Es gab so etwas wie eine "kollektive Erkenntnisverweigerung", wie es der Historiker und Migrationsforscher Klaus J. Bade einmal formulierte.

Immer wieder wurde betont: Die Ausländer in Deutschland, das sind ja gar keine Einwanderer. Und die Anwerbepolitik der 1950er bis 1970er Jahre war dementsprechend auch keine Einwan-

derungspolitik. Denn es war ja nur ein zeitlich befristeter Aufenthalt geplant.

Überdies wurde gesagt: Die Aussiedler und Spätaussiedler aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion – das sind keine Einwanderer, das sind Deutsche, und Deutsche können natürlich nicht in ihr eigenes Land einwandern.

Ob von Einwanderern oder von Ausländern gesprochen wird, das ist aber nicht nur eine semantische Frage.

Ist von Einwanderern die Rede, dann ist das aufnehmende Land aufgerufen, sich um die neuen Bürgerinnen und Bürger zu kümmern.

„Ausländer“ verbleiben hingegen schon rein begrifflich in der Zuständigkeit der Herkunftsländer.

Das Beharren darauf, es *nicht* mit einem Einwanderungsprozess zu tun zu haben, entlastete so Staat und Gesellschaft in den 1950er bis 1980er

Jahren von der Notwendigkeit aktiver Integrationspolitik.

Im Nachhinein kommt einem das fast so vor wie das Verhalten von kleinen Kindern, die ihre Hände vor die Augen halten und glauben, dann wäre das, was sie eigentlich schon gesehen haben, wieder verschwunden.

Aber so war es eben nicht. So nach und nach haben wir den Blick gewagt, quasi durch die Finger geblinzelt und gesehen: Wir haben eine neue Wirklichkeit, in den Betrieben, in den Kindergärten, in den Schulen und Hochschulen.

Und das war dann natürlich ein Erkenntnis-Schock. Auf einmal sahen wir eine neue Wirklichkeit – mit ziemlich vielen Einwanderern.

Wer aber *ist* ein Einwanderer? Ich halte es da mit der knappen und gerade deswegen so klaren Definition des deutschen Soziologen Georg Simmel, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts schrieb:

"Einwanderer sind Menschen, die heute kommen und morgen bleiben!"

Italiener, Griechen und Türken *sind* geblieben, also *sind* sie Einwanderer. Genauso wie die Aussiedler und Spätaussiedler eben auch Einwanderer waren.

Wenn man etwas nicht sieht oder sehen will, dann kann man darauf natürlich auch nicht angemessen reagieren.

So war es ein folgenschwerer Fehler, den eingewanderten Menschen, die längst ihre Familien nachgeholt hatten, keinen Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit zu geben, ihnen also die Chance auf die volle rechtliche und politische Gleichberechtigung zu verweigern.

Die jährlichen Einbürgerungszahlen blieben von den 50er bis zu den 80er - Jahren entsprechend niedrig. Der Grund dafür war das einseitig an Abstammungs- und Vererbungsprinzipien orientierte deutsche Staatsangehörigkeitsrecht, das bezeichnenderweise aus der Blütezeit des Nationalismus, dem Jahr 1913 stammte.

Die Konsequenzen dieser frühen Weichenstellungen durch Recht haben wir sehr lange gespürt: So wurden 1980, knapp *20 Jahre* nach Beginn der Anwerbung aus der Türkei, gerade einmal 399 türkische Staatsangehörige eingebürgert, obwohl bereits mehr als 1,5 Millionen in Deutschland lebten!

Erst 1984 wurde die Schwelle von 1.000 Personen überschritten – eine verschwindend geringe Zahl angesichts der vielen eingewanderten Menschen.

Das ist, sehr kurz gefasst, die nicht sehr glorreiche Geschichte von "immigrant Germany". Wir waren mit Blick auf Einwanderung und Integration zu lange "ignorant Germany".

Aber ich bin davon überzeugt: Diese historische Phase der kollektiven Erkenntnisverweigerung ist vorbei.

Inzwischen können wir sagen: Es gibt eine *neue* deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik.

Wir haben die Kraft und den Mut gefunden, die Hände von den Augen zu nehmen, die Wirklichkeit wahrzunehmen – und vor allem dann auch: endlich praktische Konsequenzen zu ziehen, endlich die enormen Aufgaben anzupacken, die sich aus der Tatsache der dauerhaften Einwanderung ergeben.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass sich Deutschland einwanderungs- und integrationspolitisch in weiten Teilen "neu erfunden" hat.

Es hat einen wirklichen "policy change" gegeben. Denkverbote wurden überwunden, neue politische Koalitionen sind entstanden.

Wir können heute quer durch die politischen Lager – von den Extremisten rechts und links sehe ich einmal ab – differenziert über die Vor- und Nachteile von Einwanderung sprechen.

Dieser im Ton und in der Sache gemäßigte und moderate Diskurs ist die Voraussetzung für tragfähige politische Lösungen, die die gesamte Gesellschaft mitnehmen.

Kurz gesagt: es hat einen "pragmatic turn" in der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik gegen.

Ich möchte das an fünf Beispielen ganz knapp erläutern:

Erstens:

Seit dem 1. Januar 2005 ist Deutschland auch de jure und nicht mehr nur de facto ein Einwanderungsland.

Das neue Einwanderungsgesetz enthält zum ersten Mal Regelungen für die gezielte Anwerbung von Hochqualifizierten und selbständigen Unternehmern.

Leider sind die Hürden noch viel zu hoch. Einwandernde Unternehmer sollen laut Gesetz 500.000 Euro investieren und 5 Arbeitsplätze schaffen. Das können viele mittelständische Unternehmen nicht leisten.

Ich bin froh darüber, dass es in diesem Bereich bald zu Änderungen kommen wird. Ab dem 1.

Januar 2009 wird die Einkommensgrenze für Hochqualifizierte auf 63.600 Euro gesenkt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Dass es im exportorientierten Deutschland einen Bedarf an Fachkräften und Hochqualifizierten gibt, ist inzwischen unstrittig. Der Ausbau qualifizierter Beschäftigung ist ein Schlüssel, um die Leistungskraft und Innovationsfähigkeit der heimischen Wirtschaft dauerhaft zu sichern.

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegte "Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands" sagt es deutlich: Danach ist bis zum Jahr 2014 – selbst bei vorsichtigen Annahmen – von einem jährlichen Fehlbedarf an Ingenieuren und anderen Akademikern von 41.000 bis 62.000 auszugehen.

Der Mangel an Fachkräften hemmt das Wirtschaftswachstum und gefährdet den Wohlstand. Das darf so nicht bleiben!

Es ist allerdings fast schon ironisch zu nennen, dass Deutschland sich *heute* als Einwand-

erungsland definiert, zu einem Zeitpunkt, zu dem es kaum noch Einwanderung gibt:

Der Familiennachzug geht zurück, die Aussiedlerzuwanderung ist fast zum Erliegen gekommen, es kommen nur noch wenige Asylbewerber.

Die Zeiten hoher Wanderungsüberschüsse wie in den 1980er und 1990er Jahren sind vorbei.

Umso wichtiger ist mehr Mut bei der gezielten Einwanderung von qualifizierten Fachkräften.

In den vergangenen Jahren sind nur sehr wenige Hochqualifizierte nach Deutschland gekommen.

Insgesamt erhielten 2007 bundesweit nur 466 Hochqualifizierte eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte. Das ist ein Aufenthaltstitel, der vergleichbar ist mit der US-amerikanischen Greencard. Von diesen Hochqualifizierten sind nur 115 tatsächlich aus dem Ausland zugewandert, die anderen lebten schon länger in Deutschland.

Das sind natürlich viel zu wenige. So kommt die deutsche Wirtschaft nicht voran. Wenn auch die beschlossene Senkung der Mindestverdienstgrenze zum 1. Januar 2009 nicht zu einer stärkeren Zuwanderung von Fachkräften führt, dann sollten wir auch darüber nachdenken, ob beispielsweise ein Punktesystem für die Steuerung von Zuwanderung ein Erfolg versprechendes Instrument sein kann.

Der Bundesrat hat in seinem Beschluss vom 10. Oktober 2008 diese Anregung gegeben. Ich bin für diese Ideen durchaus offen.

Zweitens:

Seit dem 1. Januar 2000 haben wir ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, das sich von alten, fest sitzenden, ethnisch-nationalen Vorstellungen gelöst hat.

Zentrale Elemente des "ius soli" wurden in das Gesetz aufgenommen. Deutschland hat sich damit in seiner Einbürgerungspolitik dem Modell klassischer Einwanderungsländer angenähert.

Das Gesetz hat weitreichende Folgen! So werden heute in Deutschland kaum noch ausländische Kinder geboren: 19 von 20 in Nordrhein-Westfalen geborenen Kindern sind deutsche Staatsangehörige. Nur mehr jedes 20. Kind wächst ohne den deutschen Pass auf.

Die übergroße Mehrheit der Kinder von Einwanderern hat von Geburt an alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Wer hätte das vor 20 Jahren für möglich gehalten?

Eine weitere zentrale Veränderung betrifft die doppelte Staatsangehörigkeit:

Wenn auch das neue Gesetz keine *generelle* Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung vorsieht, so wird aber doch immer öfter von den zuständigen Behörden pragmatisch hingenommen, wenn jemand zwei Pässe hat.

Ich kann ihnen die Zahlen für Nordrhein-Westfalen nennen:

Im vergangenen Jahr wurde bei 54 % der Einbürgerungen Mehrstaatigkeit akzeptiert, der alte Pass konnte behalten werden. Im Vergleich zu 1997, als der Anteil der Mehrstaatler bei 23,6 % lag, ist dies mehr als eine Verdoppelung innerhalb von zehn Jahren.

Auch das ist Ausdruck eines pragmatischen staatlichen Handelns.

Hinzu kommt: Heute wird in Deutschland im Gegensatz zu früher *aktiv* für die Einbürgerung geworben. Vor wenigen Tagen haben wir in Nordrhein-Westfalen eine Einbürgerungskampagne gestartet.

Wir brauchen in Deutschland eine neue Willkommenskultur. Wer sich hier zuhause fühlt, soll auch zuhause sein und deutscher Staatsbürger werden. Ich habe keine Probleme damit, zu sagen:

Jede Einbürgerung ist ein Integrationserfolg!

Untersuchungen belegen, dass ein großer Teil der Eingebürgerten über eine überdurchschnittliche schulische Ausbildung verfügt.

Knapp 30 % der Eingebürgerten in Nordrhein-Westfalen (30,3 %) hat die Schule mit der (Fach-) Hochschulreife abgeschlossen.

Dieser Wert liegt sogar höher als der für Deutsche insgesamt (27,0 %).

Die Erwerbsquote von Eingebürgerten liegt mit 71,3 Prozent nur um knapp zwei Prozentpunkte unterhalb der von Deutschen. Bei den eingebürgerten Männern ist mit über 80 Prozent Gleichstand zu deutschen Männern insgesamt erreicht.

Das gilt auch für die Eingebürgerten mit türkischer Zuwanderungsgeschichte. Eingebürgerte ehemals türkische Männer haben eine genau so hohe Erwerbsquote wie deutsche Männer.

Weil Einbürgerungen ein Zeichen setzen, weil wir mehr Einbürgerungen brauchen, begrüße ich es auch, dass in immer mehr Städten und Gemeinden die Einbürgerung in einem feierlichen Rahmen vollzogen wird. Der erste Tag als deutscher Staatsbürger soll jedem, der sich einbürgern lässt, in guter Erinnerung bleiben.

Dass wir mit Zuwanderung inzwischen anders umgehen, zeigt mein

drittes Beispiel:

Neueinwanderer werden nicht mehr wie in der Vergangenheit nach ihrer Einreise allein gelassen, sondern erhalten Sprach- und Orientierungskurse.

Wer neu nach Deutschland einwandert und die deutsche Sprache nicht beherrscht, hat einen Anspruch auf 600 bis 900 Stunden Sprachtraining, verbunden mit einem Orientierungskurs von 45 Stunden.

Das Ziel des Orientierungskurses ist die Vermittlung von Grundkenntnissen zur Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland.

Damit sollen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit den Lebensverhältnissen in Deutschland so weit vertraut gemacht werden, dass sie ohne Hilfe und Vermittlung Dritter in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig handeln können.

Die Kosten trägt ganz weitgehend der Steuerzahler. Einwanderer zahlen lediglich einen symbolischen Beitrag von 1 Euro je Stunde Sprachtraining. Ganz umsonst sollte dieses Angebot auch nicht sein.

Wenn wir ein vergleichbares Integrationsprogramm schon in den 60er und 70er Jahren gehabt hätten, dann wären viele aktuelle soziale Folgeprobleme gar nicht aufgetreten. Aber besser zu spät, als gar nicht.

Vielleicht die *wichtigste* Konsequenz, die wir gezogen haben, nachdem wir es gewagt haben, durch unsere Hände zu blinzeln, betrifft die Bildung.

Viertens: Bildung

Es gibt – und das ist mein vierter Punkt – massive Anstrengungen, mehr für die frühe Bildung von Einwandererkindern zu tun.

Dass gerade das Schul- und Erziehungssystem in Deutschland vor der Einwanderung lange Zeit die Augen verschlossen hat, ist sicher die folgenreichste Blindheit, mit der wir uns selbst geschlagen haben.

Viele Kindergärten und Schulen taten so, als gäbe es gar keine Schüler, die mit einer anderen als der deutschen Sprache aufwachsen.

Die soziale und kulturelle Zusammensetzung der Schüler ist aber heute viel heterogener als in den 60er und 70er Jahren. Das verlangt nach neuen Konzepten!

Auch hier gibt es positive Veränderungen. Mittlerweile haben sämtliche Bundesländer begonnen, bei allen Kindern vor Beginn der Schulzeit festzustellen, ob sie gut deutsch sprechen oder nicht.

Wenn sie Schwierigkeiten haben, bekommen sie besondere Unterstützung. Und die ist nötig, damit es erst gar nicht zu einer Negativspirale aus fehlenden Deutschkenntnissen, schulischem Versagen und beruflicher Ausgrenzung kommt.

Wir sind stolz darauf, dass Nordrhein-Westfalen – das Land mit den meisten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – inzwischen Vorreiter bei dieser frühkindlichen Sprachförderung geworden ist.

Und ich nenne als letztes und fünftes Beispiel für die neue Dynamik in der Integrationspolitik:

Die Gespräche auf höchster staatlicher Ebene mit den Organisationen der Muslime.

Sicher: Wir dürfen Integrationsfragen und Glaubensfragen weder verwechseln noch in eins setzen. Aber richtig ist auch: Wir können bei der Integration nur erfolgreich sein, wenn wir auch hier die Tatsachen sehen.

Und dazu gehört, dass in Deutschland über 3 Millionen Muslime leben. Die meisten kommen aus der Türkei. Gespräche staatlicher Vertreter mit den Organisationen der Muslime, so wie es sie mit den christlichen Kirchen gibt, haben indes trotz dieser großen Zahl bis vor wenigen Jahren nicht stattgefunden.

Das war ein Fehler, denn der Islam ist eine Realität in unseren Städten. Er ist integraler Bestandteil der Gesellschaft.

Heute gibt es die "Deutsche Islam Konferenz", einen organisierten regelmäßigen Dialog mit hohen Repräsentanten des deutschen Staates und den Sprechern der 5 großen islamischen Verbände (inkl. Aleviten).

Diese Gespräche helfen, Misstrauen auf beiden Seiten abzubauen. Auch sie wären vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen.

Weitere ermutigende Schritte hin zu einer pragmatischen, lösungsorientierten Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland könnte ich Ihnen

nennen: den Nationalen Integrationsplan (NIP) oder die verstärkte Zusammenarbeit der Integrationsminister der Länder.

Ich will aber auch Schwierigkeiten und Probleme nicht verschweigen. Dazu gehört die doppelt so hohe Arbeitslosigkeit bei Einwanderern, die zu Armut und sozialer Marginalisierung führt.

Viel zu *hoch* ist auch die Zahl der Schulabbrecher, viel zu *gering* die Zahl der Einwandererkinder, die ein Studium beginnen.

Wenn Sie sich für die Lebenslage der zugewanderten Menschen und ihrer Familien näher interessieren, empfehle ich Ihnen den Integrationsbericht der Landesregierung, den wir vor wenigen Wochen vorgelegt haben.

Er ist zugleich der Einstieg in ein regelmäßiges Integrationsmonitoring, das wir dringend brauchen.

Trotz aller Schwierigkeiten: Die deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik hat sich

nach Jahrzehnten des Stillstands und der Verweigerung der Realität gestellt. Wir haben die Hände von den Augen weggenommen – und das hat nicht nur den Vorteil, dass wir jetzt besser sehen.

Das hat auch den Vorteil, dass wir die Hände endlich frei haben, um die Aufgaben anzupacken, die wir jetzt klar erkennen.

Ich freue mich auf die Diskussion und danke Ihnen!